

VORTRÄGE UND AUFSÄTZE

**Österreichs Wirtschaft
an der Jahreswende 1971/72**

Rückschau und Ausblick

FRANZ NEMSCHAK

**Nr. 31
Wien 1972**

**ÖSTERREICHISCHES
INSTITUT FÜR
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG**

Österreichs Wirtschaft an der Jahreswende 1971/72

Gliederung

	Seite
Vorläufige Hauptergebnisse 1971	3
Ausblick auf 1972	5
Zusammenfassung	9
Längerfristige Aspekte	10
Mögliche Wachstumsrate 5%	12
Investitionsfinanzierung	13
Forschung und Entwicklung	14
Faktor Mensch	15
Verstaatlichte Industrie	16
Schlußfolgerungen	17
Anhang	
Prognose der Zuwachsraten des realen Sozialproduktes Österreichs	19
Internationale Prognosen der Zuwachsraten des Sozialproduktes und der Verbraucherpreise	20

Österreichs Wirtschaft an der Jahreswende 1971/72

Rückschau und Ausblick

Vortrag, gehalten vor Mitgliedern und geladenen Gästen des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung am 22. Dezember 1971 im Wiener Konzerthaus (Mozartsaal).

Die österreichische Wirtschaft kann an der Jahreswende auf ein gutes Jahr und auf den längsten und kräftigsten Konjunkturaufschwung seit Kriegsende zurückblicken.

Vorläufige Hauptergebnisse 1971

Reales Sozialprodukt $+5\frac{1}{2}\%$ — Industrieproduktion $+7\%$ — Gewerbe $+4\frac{1}{2}\%$ — Baugewerbe $+11\%$ — Handel $+5\frac{1}{2}\%$ — Land- und Forstwirtschaft -2% — Privater Konsum $+6\frac{3}{4}\%$ — Investitionen $+12\%$ — Exporte $+5\frac{1}{2}\%$ — Importe $+13\frac{1}{2}\%$ — Devisen aus Fremdenverkehr $+22\%$ — Leistungsbilanzsaldo -29 Mrd. S — Zahlungsbilanzsaldo (Zunahme der Währungsreserven) $+01$ Mrd. S — Löhne und Gehälter $+14\%$ — Gewinne $+5\frac{1}{2}\%$ — Großhandelspreise $+5\%$ — Verbraucherpreise $+4.7\%$

Das österreichische Sozialprodukt ist 1971 voraussichtlich um real $5\frac{1}{2}\%$ (ohne Land- und Forstwirtschaft 6%) gewachsen, in den europäischen OECD-Ländern wuchs die Wirtschaft nur um $3\frac{1}{2}\%$. Die Inflationsrate betrug in Österreich $4\frac{3}{4}\%$, in den europäischen OECD-Ländern 6% .

Die österreichische Wirtschaft wuchs bereits in den ersten Monaten des Jahres außerordentlich und schien überall an Kapazitätsgrenzen zu stoßen; insbesondere der Arbeitsmarkt war scheinbar vollkommen ausgeschöpft. Eine deutliche Verringerung der Wachstumsrate schien nicht nur aus Kapazitätsgründen unvermeidlich, sondern auch infolge der fühlbaren Konjunkturabschwächung bei unseren wichtigsten Handelspartnern.

Im Laufe des Jahres stellte sich jedoch eine Reihe positiver Überraschungen ein: Die *Zahl der Beschäftigten* konnte wider Erwarten noch erheblich erhöht werden (um 60.000 oder $2\frac{1}{2}\%$), obwohl die aktive Bevölkerung geringfügig abnahm. Dadurch konnten auch der *Kapazitätsspielraum* erweitert und die *Produktion* kräftig gesteigert werden. Außerdem war es möglich, die Auswirkungen der internationalen Konjunkturschwäche in erträglichen Grenzen zu halten. Die ungewöhnlich hohen *Exportzuwächse* von 1970 ($18\frac{1}{2}\%$) konnten nicht annähernd erreicht werden. Trotzdem hielt sich die *Ausfuhr* auch 1971 relativ gut (+5%), wenn man bedenkt, daß die internationale Konjunktur verflachte und im Mai 1971 der österreichische Schilling um 5% aufgewertet wurde, wodurch unsere Ausfuhr de facto um 2% verteuert wurden. Weiters wurden die Exporteure durch das *Schwanken der Wechselkurse* in der zweiten Jahreshälfte irritiert, da das Exportrisiko zunahm. Schließlich wirkte sich auch die Umkehr im internationalen *Lagerzyklus*, insbesondere in der Stahlindustrie, auf die österreichische Wirtschaft ungünstig aus.

Hauptstützen der österreichischen Konjunktur waren 1971 die *Investitionen*, der *private Konsum*, die *Bauwirtschaft* und der *Fremdenverkehr*. Die *Investitionen* wuchsen 1971 real um 12% (1970 um $10\frac{1}{2}\%$). Industrie und Bauwirtschaft investierten heuer zu laufenden Preisen um 20%, die öffentliche Hand um 18% und die Elektrizitätswirtschaft um 16% mehr als im Vorjahr. Die Investitionskonjunktur differenzierte sich im Laufe des Jahres: die Zuwachsraten der Maschinen- und Fahrzeuginvestitionen nahmen rasch ab, während die Auftragslage der Bauwirtschaft in der zweiten Jahreshälfte noch besser war als in der ersten. Ende September hatte die Bauwirtschaft einen Auftragsüberhang von 20 Mrd. S, der allein für die nächsten neun Monate Vollbeschäftigung sichern würde. Der *private Konsum* hat erst heuer seine höchste Zuwachsrate in diesem Konjunkturzyklus erreicht: $+6\frac{3}{4}\%$, gegen $5\frac{3}{4}\%$ im Jahre 1970.

Die verschiedene Entwicklung der einzelnen Nachfragekomponenten: Rückgang der Lagernachfrage, langsames Wachsen der Exporte und maschinellen Investitionen, gute Konsumkonjunktur und Überhitzungserscheinungen in der Bauwirtschaft spiegeln sich im Wachstum der einzelnen Wirtschaftsbereiche.

Die *Industrieproduktion* wird 1971 um 7% gewachsen sein, etwas langsamer als im Vorjahr ($8\frac{1}{2}\%$). Die Erzeugung von Grundstoffen, Vorprodukten und fertigen Investitionsgütern wuchs unterdurchschnittlich, die Produktion von Konsumgütern überdurchschnittlich und die von Baustoffen außerordentlich kräftig. Die Kapazitäten der Industrie waren in den letzten Monaten noch gut ausgelastet; nach dem Konjunkturtest des

Institutes vom November 1971 glaubten 41% der Unternehmer mit den verfügbaren Produktionsmitteln mehr erzeugen zu können; zu Jahresbeginn waren es weniger.

Auch die meisten anderen Wirtschaftsbereiche entwickelten sich 1971 gut, das gilt für den *Handel*, der von der guten Konsumgüternachfrage profitierte, und vor allem für den *Fremdenverkehr*, der einen Boom hatte. Unbefriedigend waren die Ergebnisse in der *Land- und Forstwirtschaft* (—2%), im *Güterverkehr* der ÖBB und der *Donauschifffahrt* sowie in der *Elektrizitätswirtschaft*, die unter der geringen Wasserführung der Flüsse litt.

Das im ganzen günstige Konjunkturbild von 1971 wird allerdings durch übermäßige *Preissteigerungen* getrübt. Der Index der Verbraucherpreise wird heuer um $4\frac{3}{4}\%$, der Preisindex des Brutto-Nationalproduktes sogar um $5\frac{1}{2}\%$ höher sein als im Vorjahr. Die Preissteigerungsraten sind höher als vor 1970. Preiserhöhungen in diesem Ausmaße sind zweifellos sehr bedenklich und können längerfristig nicht toleriert werden. Andererseits darf dieser Preisauftrieb nicht zu Fehlreaktionen führen. Ich komme darauf noch zurück.

Die *Lohn- und Gehaltssumme* ist 1971 um 14% gestiegen. Diese ungewöhnlich hohe Rate ist vor allem auf die Zunahme der Beschäftigung und auf eine starke Lohndrift (3%) zurückzuführen. Die Tariflöhne sind um 10%, die Pro-Kopf-Verdienste um 12% gestiegen. Die *Unternehmereinkommen*, die in den Jahren 1969 und 1970 um 13% und 17% zugenommen hatten, erhöhten sich nur um $5\frac{1}{2}\%$, wobei dieser Satz durch den Rückgang der Einkommen in der Land- und Forstwirtschaft etwas gedrückt wurde.

Da die Importe infolge der guten heimischen Konjunktur bedeutend stärker wuchsen als die Exporte, war das Defizit der *Handelsbilanz* weit größer als 1970. Es wurde nur zum Teil durch die stark gestiegenen Überschüsse aus dem Fremdenverkehr wettgemacht. Die 1970 fast ausgeglichene *Leistungsbilanz* schloß daher mit einem Defizit von fast 3 Mrd. S. Die *Zahlungsbilanz* war dank Kapitaleinfuhren annähernd ausgeglichen. Die Währungsreserven nahmen um 100 Mill. S zu.

Ausblick auf 1972

Die Bereinigung der Weltwährungskrise noch vor Jahresende hat die Weltkonjunktur im Jahre 1972 von einer Hypothek befreit. Die Abwertung des US-Dollar und die Währungsanpassungen in mehreren OECD-Län-

dern sollen die Handelsströme umlenken und einen globalen Zahlungsbilanzausgleich herbeiführen.

Österreich hat zur Neuordnung des internationalen Währungssystems bereits im Mai 1971 durch die Aufwertung des Schilling um 5% einen Beitrag geleistet, der im Lichte der jüngsten Vereinbarungen des „Zehnerklubs“ über die Neufestsetzung der internationalen Währungsparitäten um 2 Prozentpunkte zu hoch sein dürfte.

Die Prognose der OECD und der Vereinigung europäischer Konjunkturforschungsinstitute im Oktober und November 1971 rechnete mit einer weiteren mäßigen Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in den europäischen Industriestaaten von 3½% (1971) auf 3% (1972). Die Prognosen nahmen an, daß die Weltwährungskrise in absehbarer Zeit bereinigt und es zu keiner drastischen Verschlechterung der Weltkonjunktur kommen werde.

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung nimmt in seiner jüngsten Prognose für 1972, die am 22. Dezember 1971 mit Experten der Hoheitsverwaltung, der Nationalbank und der wirtschaftlichen Verbände der Sozialpartner abgesprochen wurde, an, daß die *Wachstumsrate der österreichischen Wirtschaft im Jahre 1972 real 4%* betragen wird, das ist etwas weniger als 1971 (5½%), aber doch einen Prozentpunkt mehr als in den europäischen OECD-Ländern.

Die österreichische Konjunktur wird hauptsächlich vom privaten Konsum und von den öffentlichen Investitionen gestützt werden, dagegen werden die Exporte und die privaten Investitionen weniger wachsen als 1971. Auch die Lagerbildung wird die Konjunktur dämpfen. Dieser Prognose zufolge werden in der Konsumgüterindustrie, im Dienstleistungsbereich und in der Bauwirtschaft die höchsten Zuwachsraten erwartet.

Der *private Konsum (+5½%)* wird 1972 nur geringfügig langsamer wachsen als 1971. Eine leichte Abschwächung ist unvermeidlich, weil die Pro-Kopf-Einkommen nicht mehr so kräftig wachsen werden und die Zahl der Beschäftigten nicht so stark zunehmen wird wie 1971. Außerdem wird sich die Steuerprogression 1972 voll auswirken. Die vom Gewerkschaftsbund geforderte Lohnsteuersenkung hat der Finanzminister zunächst abgelehnt, weil die Steuerschätzungen für 1972 keine Reserven enthalten. Auch wenn es in der zweiten Jahreshälfte zu einem Kompromiß zwischen Finanzminister und Gewerkschaftsbund in Gestalt einer pauschalen Abgeltung kommen sollte, wird unsere Konsumprognose voraussichtlich halten, weil die Konsumenten ohne steuerliche Entlastung voraussichtlich weniger sparen würden.

Die *Investitionskonjunktur* wird abflauen und sich noch stärker differenzieren als 1971. Insgesamt wird das reale Investitionsvolumen von 12% auf 5½% zurückgehen. Überdurchschnittlich werden die Bauinvestitionen und die öffentlichen Investitionen wachsen, insbesondere im Bereich der Gemeinden. Dagegen sind die Aussichten für maschinelle Investitionen weniger günstig (+2½%); die Industrie wird nominell nur wenig mehr, real aber weniger investieren als 1971. Ihre Gewinne wachsen nur noch mäßig, und die ungewöhnlich hohen Investitionen in den letzten beiden Jahren (das Investitionsvolumen war 1971 nominell doppelt so hoch und real um zwei Drittel höher als 1968) haben neue Kapazitäten geschaffen, die bei abgeschwächter Konjunktur im allgemeinen als ausreichend empfunden werden. Während kleine Betriebe überdurchschnittlich weniger investieren werden, meldeten viele Großbetriebe im letzten Investitionstest des Institutes, daß sie trotz Konjunkturabschwächung ihre längerfristigen Investitionsprogramme durchziehen wollen, um für den nächsten Aufschwung gerüstet zu sein.

Die *Warenexporte* werden 1972 etwas langsamer wachsen (+4½%) als 1971 (+5½%), weil sich die internationale Konjunktur weiter abschwächen wird. Andererseits konnte sich die österreichische Industrie in den letzten beiden Jahren Kosten- und Wettbewerbsvorteile erarbeiten, die auch im nächsten Jahr nicht verloren gehen werden. Außerdem wird sich die heimische Industrie bei sinkender Kapazitätsauslastung um Auslandsaufträge besonders bemühen.

Die *Warenimporte* werden 1972 etwas rascher wachsen als die Exporte, weil die österreichische Konjunktur besser und damit auch die Nachfrage nach ausländischen Produkten höher sein wird als in den anderen europäischen Ländern.

Das Passivum der *Handelsbilanz* wird etwas größer werden, und der Überschuß der *Dienstleistungsbilanz* wird etwas langsamer wachsen als bisher. Vermutlich wird die Zahl der Gäste aus der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr so rasch zunehmen wie in den letzten Jahren, weil in der Bundesrepublik die Einkommen aus verschiedenen Gründen nur wenig steigen werden (weniger Überstunden, Kurzarbeit oder sogar Arbeitslosigkeit). Alle diese Gründe werden die Reiselust der bundesdeutschen Bürger etwas dämpfen. Dagegen wird der Konjunkturoptimismus, die weiterhin kräftige Erhöhung der Realverdienste in Österreich und die relative Verbilligung von Auslandsaufenthalten durch die Schilling-Aufwertung die Reiselust der Österreicher heben und einen größeren Devisenaufwand für Auslandsreisen von Österreichern erforderlich machen.

Daher dürfte das Defizit der *Leistungsbilanz* von 3 Mrd. S (1971) auf vielleicht 4 Mrd. S (1972) steigen. Dagegen dürfte die *Zahlungsbilanz* infolge höherer Kapitalimporte weiterhin ausgeglichen sein.

Die Wachstumsrate der *Industrieproduktion* wird unterdurchschnittlich sein (3% gegen 7% 1971), vor allem weil sich die Nachfrage nach Export- und maschinellen Investitionsgütern abschwächen wird und die Lager abgebaut werden; nur die Konsumgüterindustrien werden sich noch einer guten Konjunktur erfreuen.

Landwirtschaft und *Elektrizitätswirtschaft* können 1972 einfach deshalb höhere Wachstumsraten erwarten (+4% bzw. +10%), weil sie 1971 infolge der Trockenheit weniger produzierten als im Vorjahr (—2% bzw. —4%).

Der *Arbeitsmarkt* wird sich 1972 trotz Abschwächung der Konjunktur nur wenig entspannen. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten wird voraussichtlich um ungefähr 35.000 (1½%) zunehmen, ebenso wird die Zahl der Arbeitsuchenden geringfügig steigen (im Jahresdurchschnitt um 5.000). Es wird Vollbeschäftigung geben, die Arbeitskräfte werden nach wie vor knapp sein.

Der *Preisauflrieb* wird 1972 annähernd gleich stark sein wie 1971. Die *Verbraucherpreise* werden im Jahresdurchschnitt voraussichtlich wieder um 4 7% steigen. Wohl werden die konjunkturbedingten Preiserhöhungen schwächer werden, wie die Entwicklung der Großhandelspreise bereits ankündigt. Dagegen werden verschiedene amtliche Preise erhöht werden (im Jänner: Benzin, Wiener Verkehrsbetriebe, Tabakwaren erstmals im Index; März: Bundesbahnen; Juni: elektrischer Strom; Herbst: Grundnahrungsmittel, nach der Lohnrunde in den Nahrungsmittelbranchen). Dadurch wird die Inflationsrate im Jahresdurchschnitt um über 1% angehoben werden und bis Jahresmitte über der 5%-Grenze liegen. Diese bedenkliche Entwicklung ließe sich künftig vermeiden, wenn die amtlich geregelten Preise in kürzeren Abständen als bisher nachgezogen würden. Im zweiten Halbjahr wird die Teuerungsrate nur relativ langsam zurückgehen, weil nach der Lohnrunde trotz Abschwächung der Konjunktur die erhöhten Lohnkosten zumindest teilweise überwältzt werden. Der Vorjahresabstand des Verbraucherpreisindex wird kaum vor Jahresende unter die 4%-Grenze sinken. Die Einführung der *Mehrwertsteuer* Anfang 1973 wird ein weiteres Sinken der Preise verhindern.

Die *Löhne* werden 1972 etwas schwächer steigen als 1971, da die Lohnrunde erst gegen Jahresmitte stattfindet. Die Tariflöhne werden im Jahresdurchschnitt um 8% steigen (1970: 10%). Die Lohndrift dürfte weiter

stark bleiben, da der Arbeitsmarkt angespannt bleibt und die zweite Etappe der Arbeitszeitverkürzung ab 1. Jänner 1972 (bei vollem Lohnausgleich) einige Zeit Überstundenleistungen erfordern wird. Die Pro-Kopf-Verdienste werden sich demnach 1972 um rund 10% (1971: 12%) erhöhen. Die Lohn- und Gehaltssumme wird um 11% (1971: 14%) zunehmen, die Unternehmerrgewinne werden ebenso wie 1971 um 5½% steigen. Die Arbeitskosten je Erzeugungseinheit dürften 1972 um 6% steigen (1971 voraussichtlich 8%).

Zusammenfassung

Die österreichische Wirtschaft wuchs in den Jahren 1970 und 1971 (real 7 1% und 5 5%) rascher als die Wirtschaft in allen anderen europäischen Industriestaaten (5% und 3 5%), und ihr Wachstum wird sich 1972 voraussichtlich weniger abschwächen (4%) als in diesen Ländern (3%, in der Bundesrepublik Deutschland sogar nur 1%).

Überblickt man den ganzen letzten Konjunkturzyklus vom Tiefpunkt 1967 bis zum voraussichtlich neuen Tiefpunkt 1972, dann kann man erfreulicherweise feststellen, daß die Wirtschaft Österreichs in diesen sechs Jahren stärker gewachsen ist (30%) als die Wirtschaft in den europäischen Industriestaaten (26%) und besonders auch als die Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland (25%). Dieses günstige Ergebnis ist teilweise darauf zurückzuführen, daß der *Konjunkturverlauf in Österreich viel ausgewogener* war als in allen anderen Ländern. In Österreich wechselten die Schwerpunkte der Konjunktur, und es kam daher nicht, wie z. B. in der Bundesrepublik Deutschland, zu Überhitzungserscheinungen, die restriktive Maßnahmen zur Folge hatten und die Konjunktur vorzeitig abwürgten. Der gut ausgewogene Konjunkturverlauf in Österreich ermöglichte eine fast *optimale Nutzung aller Ressourcen*. In der ersten Hälfte des Konjunkturaufschwunges waren die Exporte und die Industrieproduktion tonangebend. Die Bauwirtschaft, u. a. irritiert durch die Umstellung der Finanzierung im Wohnungsbau, und die maschinellen Investitionen folgten nur zögernd. In der zweiten Hälfte der Konjunktur, als Exporte und Industrieproduktion nicht mehr so stark wuchsen, verlagerte sich das Schwergewicht auf maschinelle Investitionen und Bauwirtschaft, die einen Boom erlebte, sowie auf den privaten Konsum, der mehr und mehr die Hauptstütze der Konjunktur wurde. Der Fremdenverkehr florierte die ganze Zeit.

Weiters zeigte sich, daß das *Arbeitskräfteangebot elastischer* war, als ursprünglich angenommen wurde. Obwohl in den letzten Jahren viele tausend Arbeitskräfte in den süddeutschen Raum strömten (angezogen

von der Industrialisierung und der Vorbereitung der Olympischen Spiele in München), nahm in den letzten beiden Jahren die Beschäftigung um 100.000 Arbeitskräfte zu und erreichte Ende September 1971 mit 2,520.000 Beschäftigten einen Rekordstand, weil dank einer großzügigen Einwanderungspolitik per Saldo viel mehr Gastarbeiter nach Österreich kamen, als Österreicher abwanderten, und viele Frauen, Pensionisten und Selbständige (Gewerbetreibende und Landwirte) in der Hochkonjunktur eine unselbständige Arbeit annahmen.

Ein wichtiger Punkt ist ferner, daß trotz der Änderung der innenpolitischen Machtverhältnisse die *Sozialpartnerschaft* gut funktionierte, wodurch Preis- und Lohnexzesse verhindert werden konnten. Die relativ maßvollen Lohnerhöhungen in der ersten Phase des Aufschwunges begünstigten die Exportwirtschaft und die Investitionstätigkeit. (Die Arbeitskosten in der Industrie erhöhten sich in den Jahren 1968 bis 1970 in Österreich durchschnittlich nur um 0,1%, in den kleineren Industrieländern Europas dagegen um 2% bis 2½% und in den größeren Industrieländern sogar um 4% bis 5%). Erst 1971 entwickelten sich die Arbeitskosten auch in Österreich nicht mehr so günstig, 1972 werden sie sich ähnlich entwickeln wie in den meisten anderen Ländern.

Auch die *Budgetpolitik* operierte in den letzten drei Jahren konjunkturgerecht, das inlandswirksame Budgetdefizit war in allen Jahren der Hochkonjunktur gering. Die Steuererhöhungen im Jahre 1969 (10%iger Zuschlag zur Einkommen-, Körperschaft- und Vermögensteuer sowie die 10%igen Sondersteuern für Alkoholika und Personenkraftwagen, letztere wurde inzwischen wieder aufgehoben), waren sicher unpopulär, halfen jedoch, rechtzeitig eine Konjunkturüberhitzung zu vermeiden.

Unter diesen Umständen konnte auf weitere konjunktur- und preisdämpfende Maßnahmen, wie z. B. Kreditrestriktionen, die das Wirtschaftswachstum beeinträchtigt hätten, im großen und ganzen verzichtet werden.

Längerfristige Aspekte

An der Jahreswende 1971/72 drängt sich schließlich die Frage auf, ob das ungewöhnlich kräftige Wachstum der österreichischen Wirtschaft im letzten Konjunkturaufschwung und die voraussichtlich nur geringe Abschwächung der österreichischen Konjunktur im Laufe 1972 ein einmaliges Phänomen ist, oder ob sich Österreich auf gutem Wege befindet,

in den 70er Jahren den Vorsprung der höherentwickelten westlichen Länder mehr oder minder aufzuholen.

Eine Analyse des letzten Konjunkturaufschwunges kommt zu dem Ergebnis, daß das kräftige Wachstum der österreichischen Wirtschaft in den letzten Jahren nicht nur auf die *konjunkturbedingt* stärkere Nachfrage im In- und Ausland, sondern auch auf eine Beschleunigung des *Wachstumstrends* dank Strukturverbesserungen zurückzuführen ist.

Diese Entwicklung hatte sich schon am Konjunkturtiefpunkt 1967 angekündigt, als die österreichische Industrieproduktion zwar nur wenig gewachsen, die deutsche Industrieproduktion aber sogar um einige Prozentpunkte zurückgegangen war. In den vier Jahren des Konjunkturaufschwunges von 1968 bis 1971 ist die österreichische Industrieproduktion um 30% gestiegen, die Industrieverbesserungen „explodierten“ förmlich um real 65%. Gleichzeitig konnte Österreich im internationalen Warenverkehr seinen Marktanteil beträchtlich vergrößern. (Die österreichischen Exporte in die europäischen OECD-Länder stiegen von 1968 bis 1970 um 48%, die Gesamtimporte dieser Länder aber nur um 37%.) Diese günstige Entwicklung hat, wie ich im ersten Teil meines Vortrages darlegte, verschiedene Gründe.

Der auf längere Sicht wohl wichtigste Faktor ist die *Verbesserung der österreichischen Industriestruktur*. Das gilt sowohl für die Branchenstruktur als auch für die Produktionsstruktur innerhalb der einzelnen Industriezweige, wo der Anteil der höherwertigen Produkte in den letzten zehn Jahren sprunghaft gestiegen ist. Diese Tendenz könnte an vielen Beispielen demonstriert werden. In der Holzverarbeitenden Industrie z. B. ist von 1960 bis 1970 der Anteil der Skier am Produktionswert dieser Branche von 3% auf 18%, in der Lederverarbeitenden Industrie der Anteil der Ski- und Gebirgsschuhe von 4% auf 12% gestiegen. Diese hochwertigen Wintersportartikel mit ihren hohen Einkommenselastizitäten sind typische Beispiele für Produkte des Freizeitkonsums in der Wohlstandsgesellschaft, für die Österreich hervorragend prädestiniert ist. Ähnlich sprunghaft ist der Anteil hochwertiger Produkte in der chemischen Industrie (moderne Kunststoffe und Kunststoffwaren), in der Stein- und keramischen Industrie (Betonfertigteile für moderne Bauverfahren), in der Papier- und Zelluloseproduktion (hochwertige graphische Papiere) gestiegen.

Die Verbesserung der österreichischen Industriestruktur läßt sich auch an dem *rasch wachsenden Anteil höherwertiger Güter* an den österreichischen *Exporten* nachweisen.

Mögliche Wachstumsrate 5%

Im Lichte der jüngsten Erfahrungen scheint dem Institut in den 70er Jahren, unter bestimmten Voraussetzungen, eine *jährliche Wachstumsrate von real 5% möglich* zu sein. (In den Jahren 1960 bis 1970 war das reale Brutto-Nationalprodukt Österreichs durchschnittlich nur um 4,4% gewachsen.) Da die Bundesrepublik Deutschland und die Schweiz in den 70er Jahren nur Wachstumsraten von real 4 1/2% bzw. 3 1/2% erwarten, könnte Österreich diesen beiden hochentwickelten Industriestaaten bis 1980 bereits ziemlich nahe kommen. Großbritannien mit einem jährlichen Wachstum von real nur 3% wird von Österreich wahrscheinlich bereits im nächsten Jahr überholt werden.

Diese für Österreich zuversichtliche Prognose beruht auf einigen wichtigen *Annahmen* über die *weltwirtschaftliche Entwicklung* und über die *österreichische Wirtschaftspolitik*.

Zunächst wird angenommen, daß sich der Welthandel nach Bereinigung der Weltwährungskrise auch in Zukunft frei entwickeln kann. Weiters wird in Übereinstimmung mit den Prognosen fast aller nationalen und internationalen Institutionen über die wirtschaftliche Entwicklung der westlichen Industrieländer angenommen, daß die Weltwirtschaft in den 70er Jahren ebenso kräftig wachsen wird wie in den 60er Jahren. Experten behaupten, daß die industrielle und kommerzielle Nutzung des bereits vorhandenen Bestandes an wissenschaftlichem und technischem Wissen noch auf lange Sicht die Produktivität der Wirtschaft steigern wird.

Schließlich wird angenommen, daß *zwischen Österreich und der EWG* ein *Globalabkommen* über eine *industrielle Freihandelszone* ohne gravierende Ausnahmen zustande kommt und auch für den Handel mit Agrarprodukten eine für die österreichische Landwirtschaft akzeptable Vereinbarung getroffen werden kann.

Folgende Überlegungen sprechen dafür, daß die österreichische Wirtschaft in den 70er Jahren rascher wachsen könnte als in den 60er Jahren und stärker als in anderen bereits hochentwickelten Industrieländern:

Österreich hat trotz großen Fortschritten in den letzten Jahren noch immer einen beträchtlichen *Entwicklungsrückstand* aufzuholen. 1970 entfielen erst 29% der österreichischen *Ausfuhren* auf fertige Investitionsgüter und technische Haushaltsartikel, in der Schweiz 51% und in der Bundesrepublik Deutschland 53%. Österreich hat indessen für hochwertige Investitionsgüter- und Konsumgüterspezialitäten ebenso günstige Bedingungen wie unsere Nachbarländer.

Ein ähnlich struktureller Entwicklungsrückstand wie innerhalb der Industrie besteht auch in der *globalen Wirtschaftsstruktur*: in Österreich arbeiten noch 17% der Beschäftigten in der Landwirtschaft, in der Bundesrepublik Deutschland nur noch 9% und in der Schweiz 7%

Auch in anderen Bereichen sind noch lange nicht alle *Produktivitätsreserven* ausgeschöpft. Große Expansions- und Rationalisierungsmöglichkeiten bestehen z. B. in der *Bauwirtschaft* (Wohnungsbau und Ausbau der Infrastruktur). Ebenso gehört der *Fremdenverkehr* im weiteren Sinn zu den „Wachstumsindustrien“, da der internationale Reisetraum weiter anschwellen wird. Der Fremdenverkehr wird allerdings nicht nur mehr ausländische Gäste beherbergen, sondern gleichzeitig auch immer höheren Ansprüchen gerecht werden müssen.

Nicht zuletzt wird die österreichische Wirtschaft aus der *europäischen Integration* auf längere Sicht starke Impulse erhalten. Die verstärkte Importkonkurrenz im Inland wird Leistungssteigerungen und Umschichtungen von Arbeitskräften und Kapital in produktivere Verwendungen erzwingen, umgekehrt werden leistungsfähige heimische Unternehmungen die Vorteile eines großen, kaufkräftigen Marktes wahrnehmen können. Diese optimistische Einschätzung der Integrationseffekte schließt nicht aus, daß einige Branchen und Betriebe in Schwierigkeiten kommen werden.

Die hier nur angedeuteten Wachstumschancen können allerdings nur bei einer entsprechend *produktivitätsorientierten Wirtschaftspolitik* realisiert werden. Ihr Herzstück ist die *Industriepolitik*. Von der Industrie stammt der relativ größte Beitrag zum Sozialprodukt, von ihr strahlen Sekundäreffekte auf andere vor- und nachgelagerte Wirtschaftszweige aus (Handel, Verkehr, Dienstleistungen), die Industrie trägt in erster Linie den technischen Fortschritt und setzt neues Wissen in neue Produkte um, die der ganzen Wirtschaft zugute kommen

Wachstumspolitik ist daher in hohem Maße *Industriepolitik*. Ich kann in meinem heutigen Vortrag nur auf einige der wichtigsten industriepolitischen Probleme hinweisen.

Investitionsfinanzierung

Eines von ihnen ist die *Investitionsfinanzierung*. Rasch wachsende Unternehmen haben einen überproportional steigenden Bedarf an Eigenmitteln (Risikokapital), der selbst bei hohen Brutto-Gewinnen und steuerlichen Förderungsmaßnahmen nur zum Teil durch Eigenfinanzierung gedeckt werden kann. Die Finanzierungslücken müssen durch Fremdfinanzierung geschlossen werden.

Zu diesem Zweck sollten die *bestehenden Einrichtungen* für die *Investitionsfinanzierung* (Entwicklungs- und Erneuerungsfonds, Investitionskredit-AG., ERP-Fonds) *verstärkt* werden. Außerdem sollte durch steuerliche Maßnahmen die *Mobilität des Kapitals* erhöht werden. Für die Finanzierung zukunftssträchtiger, aber risikoreicher Projekte könnte eine *neue Kapitalbeteiligungsgesellschaft* geschaffen werden, an der sich möglichst alle größeren Kreditinstitute Österreichs beteiligen sollten. Auf diese Weise könnte verhindert werden, daß immer mehr österreichische Industriebetriebe, die auf Grund ihres Produktionsprogrammes und ihres bisherigen Wachstums zu großen Hoffnungen berechtigen, an ausländische Unternehmen verkauft werden oder unter ausländische Kontrolle geraten.

Forschung und Entwicklung

Ein anderes wichtiges Problem ist der Rückstand Österreichs in *Forschung und Entwicklung*. Österreich kann sich zwar keine aufwendige Grundlagenforschung leisten, aber es braucht eine seiner Wirtschaftsstruktur adäquate Forschung und Entwicklung. Ohne sie wird die österreichische Wirtschaft auf die Dauer technologisch nicht genügend wettbewerbsfähig sein. Trotz beachtlichen Fortschritten in den letzten Jahren gibt Österreich für technische Forschung und Entwicklung noch immer erst halb bis ein Fünftel soviel aus wie vergleichbare Industriestaaten (Belgien, Dänemark, Norwegen, Schweden und die Schweiz), obwohl Österreich genügend technisch begabte Menschen hat, die auf unseren technischen Mittel- und Hochschulen, wenn auch zum Teil mit unzulänglichen Mitteln, gut ausgebildet werden. Fatalerweise finden jedoch die Absolventen unserer technischen Schulen in der eigenen Wirtschaft häufig keine lohnende Tätigkeit, besonders junge Forscher sind wenig gefragt. Kein Wunder, daß gerade die fähigsten und initiativsten Köpfe in das Ausland gehen, wo sie, wie man weiß, geschätzt werden und nicht selten in Spitzenpositionen aufrücken.

Die Bundesregierung beabsichtigt, die *Forschungsaufwendungen künftig jährlich um 20% zu erhöhen* und schließlich, ähnlich wie andere Industriestaaten, 1½% bis 2% des Brutto-Nationalproduktes für Forschungszwecke auszugeben. Mit Geld allein läßt sich dieses schwierige Problem indessen nicht lösen. Es ist gleichzeitig notwendig, ein *Forschungsbewußtsein* zu entwickeln, die Überzeugung, daß Forschung und Entwicklung für unser Land lebenswichtig und zugleich auch für die Unternehmungen vorteilhaft sind: Mit ausländischen Lizenzen und Patenten allein werden wir ins Hintertreffen kommen und unsere Wachstumsziele

nicht erreichen. Es ist weiters notwendig, die *Kontakte* zwischen den Unternehmungen, den Hochschulen, staatlichen Forschungsstellen und kooperativen Forschungsinstituten zu *verstärken* und in den einzelnen Unternehmungen selbst die Kommunikation zwischen den Forschungsabteilungen und den anderen Abteilungen zu verbessern.

Der Staat muß *Forschungsinvestitionen steuerlich* mehr als bisher *begünstigen* und selbst in großem Stil *Forschungsaufträge vergeben* (ungefähr die Hälfte der gesamten Ausgaben für Forschung wird die öffentliche Hand aufbringen müssen).

Faktor Mensch

Ein Hauptproblem bildet nicht zuletzt der „*Faktor Mensch*“. In den siebenziger Jahren wird die Zahl der unselbständig Beschäftigten im nichtlandwirtschaftlichen Bereich, hauptsächlich infolge der natürlichen Bevölkerungsentwicklung und der Abwanderung aus der Landwirtschaft, um rund 400.000 steigen. Infolge Kürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf wahrscheinlich 40 Stunden wird aber das verfügbare *heimische* Arbeitsvolumen kaum größer werden. Das erwartete Wirtschaftswachstum von mehr als 60% müßte daher, wenn künftig nicht in größerem Umfang auch *ausländische* Arbeitskräfte beschäftigt werden, ausschließlich durch eine entsprechende *Steigerung der Produktivität* erreicht werden.

Eine stärkere Beschäftigung *ausländischer* Arbeitskräfte ist jedoch ein vielschichtiges Problem. Sie würde zwar den Arbeitsmarkt in einzelnen Bereichen entlasten und ein etwas stärkeres Wirtschaftswachstum ermöglichen, es muß jedoch erst sorgfältig untersucht werden, ob und unter welchen Bedingungen der gesellschaftliche *Nutzen* die gesellschaftlichen *Kosten* rechtfertigt.

Erfreulicherweise bemühen sich gegenwärtig alle maßgeblichen Stellen in Österreich: Bund, Länder (vor allem die Stadt Wien), Industrie, Bundeskammer, Arbeiterkammer, Gewerkschaft und Wohlfahrtspflege um eine konstruktive Lösung des Fremdarbeiterproblems, wobei auch der menschliche Aspekt nicht zu kurz kommt. Die *Gastarbeiter* sollen nicht nur „Lückenbüßer“ in Zeiten der Hochkonjunktur sein, sondern womöglich in absehbarer Zeit wirtschaftlich, sozial und kulturell *in den österreichischen Staat integriert* werden.

Die Erfahrungen in der Bundesrepublik Deutschland und in der Schweiz, wo man die Zahl der Fremdarbeiter von mehr als einer Million auf 800.000 zurückgeführt hat, legen Österreich jedoch nahe, bei aller Aufgeschlos-

senheit und grundsätzlich positiven Einstellung die Beschäftigung von Fremdarbeitern nur in dem Maße zu forcieren, wie diese ohne allzu große Friktionen in die österreichische Wirtschaft und Gesellschaft eingegliedert werden können.

Da das Gros der Fremdarbeiter aus ungelerten Arbeitern besteht, werden *qualifizierte* Arbeitskräfte auch in Zukunft knapp sein. Daher müssen die vorhandenen Arbeitskräfte *möglichst gut ausgebildet* und *zweckmäßig eingesetzt* werden. Ebenso muß die *Mobilität der Arbeitskräfte* erhöht werden. Die Möglichkeiten, die unser Arbeitsmarktförderungsgesetz durch Umschulungs- und Umsiedlungsbeihilfen bietet, müssen noch besser genutzt werden.

Das Wachstum einer Wirtschaft steht und fällt letztlich mit seinem „*Management*“. Die großen Produktivitätsunterschiede zwischen der nordamerikanischen und der europäischen Industrie sind nach neueren Erkenntnissen weniger auf die „*technologische Lücke*“, als auf die „*Management-Lücke*“ zurückzuführen, auf die höhere Leistungs- und Organisationsfähigkeit des amerikanischen Managements.

Zum Management gehören nicht nur die Direktoren, sondern auch die mittleren und unteren Führungsstäbe. Die Managementausbildung kann nicht erst an den Hochschulen erfolgen, sondern muß bereits nach einem zielbewußten Ausbildungskonzept in den berufsbildenden höheren Schulen beginnen. Investitionen in Management gehören zu den produktivsten Investitionen einer Volkswirtschaft.

Verstaatlichte Industrie

Für die Zukunft der österreichischen Wirtschaft von größter Bedeutung ist die *Verstaatlichte Industrie* mit mehr als 100.000 Beschäftigten, 42,4 Mrd. S Gesamtumsätzen, 21% der industriellen Erzeugung und einem Anteil von fast 20% an den österreichischen Gesamtexporten (1970). Es geht hier um das außerordentlich schwierige Problem, das nach dem Zweiten Weltkrieg unter dem Zwang der Verhältnisse entstandene Konglomerat sehr verschiedenartiger Industriebetriebe in einigen lebenskräftigen Großunternehmen zusammenzufassen, die ähnlich wie in der Schweiz und in Holland potente industrielle Entwicklungskerne mit starker Eigendynamik bilden könnten. Ansätze dazu gibt es gegenwärtig in der Edelmetall- und in der chemischen Industrie. Auf die vielschichtige und äußerst komplizierte Problematik der Verstaatlichten Industrie kann ich in diesem Vortrag nicht näher eingehen.

Schlußfolgerungen

Am Schlusse meines Vortrages möchte ich nochmals auf das bemerkenswerte Phänomen zurückkommen, daß Österreich in den Jahren 1970 und 1971 von allen westlichen Industrieländern das stärkste Wirtschaftswachstum hatte, und daß sich voraussichtlich auch 1972 die Konjunktur in Österreich weniger abschwächen wird als in den meisten europäischen OECD-Ländern. Dieses kräftige Wirtschaftswachstum ist um so bemerkenswerter, als Österreich in den letzten beiden Jahren auch *relativ* niedrige Inflationsraten hatte. Natürlich sind Teuerungsraten von 4,4% (1970) und 4,7% (1971) auf die Dauer viel zu hoch. Bedenkt man aber, daß selbst so stabilitätsbewußte Länder wie die Schweiz und die Bundesrepublik Deutschland 1971 Preisniveauerhöhungen von real 6½% und 5% hatten, und daß sich ein in so hohem Maße vom Außenhandel abhängiges Land wie Österreich nur bis zu einem gewissen Grade der importierten Inflation entziehen kann, dann kann man, objektiverweise, nicht in das Wehgeschrei einstimmen, das gegenwärtig in unserem Lande vielfach erhoben wird.

Ich teile aber auch nicht den Zukunftsglauben einiger Leute, die Österreichs Wirtschaft bereits unaufhaltsam auf der „Überholspur“ sehen und meinen, unser Land werde schon in wenigen Jahren die hochentwickelten Industrieländer einholen. Ich vertrete jedoch die Ansicht, daß Österreich unter bestimmten Voraussetzungen, die ich in meinem Vortrag ausführte, in den siebziger Jahren ein jährliches Wachstum von durchschnittlich real 5% erreichen kann. *Zwei Fakten* vor allem rechtfertigen m. E. diesen Optimismus: die in den letzten Jahren stark verbesserte und noch *verbesserungsfähige Struktur* unserer Wirtschaft und die unter verschiedenen politischen Bedingungen *bewährte Zusammenarbeit zwischen Regierung und Sozialpartnern*.

Die günstige Entwicklung der österreichischen Wirtschaft in den letzten Jahren kam nicht von ungefähr. Die fühlbare Abschwächung des Wirtschaftswachstums in Österreich, vor allem die besorgniserregende Entwicklung der Industrielinvestitionen und der Industrieproduktion in den sechziger Jahren bis 1967, war hauptsächlich die Folge der *Diskriminierung Österreichs in der EWG*. Außerdem konnten sich *wichtige Teile der österreichischen Industrie*, vor allem die verstaatlichten Grundstoffindustrien, *nicht rasch genug den Veränderungen in der Weltwirtschaft anpassen*.

Als 1968 ein neuer Konjunkturaufschwung begann, zeigte sich, daß Österreich zumindest die Nachteile der Diskriminierung in der EWG praktisch überwunden hatte. Die österreichische Industrie hatte aus der Not

eine Tugend gemacht und die Möglichkeiten, welche die hochentwickelten Länder der EFTA boten, zu nützen verstanden und sich mehr und mehr auf höherwertige Exportprodukte umgestellt. Jedenfalls ist die *österreichische Industriestruktur* gegenwärtig trotz vielen Schwächen *viel besser als vor zehn Jahren*.

Die Zukunft der österreichischen Wirtschaft hängt zu gutem Teil auch von der verständnisvollen *Zusammenarbeit zwischen Regierung und Sozialpartnern* ab. Österreich kann sich keinen Klassenkampf mit wilden Streiks und Aussperrungen leisten, er brächte unser Land in tödliche Gefahr. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gelehrt, daß auch ein kleines, in hohem Maß vom Ausland abhängiges Land wie Österreich in einer sehr unruhigen Welt, innerhalb einer schmalen Bandbreite, wirtschaftliche Erfolge erzielen kann, wenn es sich klug und diszipliniert verhält. Seit die österreichische Wirtschaft im gegenwärtigen Konjunkturzyklus erstmals um einige Prozentpunkte stärker gewachsen ist als die leistungskräftige Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland, ist größeres Selbstvertrauen berechtigt. Die landläufige Auffassung, Österreich sei verurteilt im Schlepptau der deutschen Konjunktur zu segeln, wurde im letzten Konjunkturzyklus erfreulich widerlegt. Dieser Erfolg war nur möglich, weil sich die Sozialpartner trotz natürlichen Interessengegensätzen immer wieder ihrer Verantwortung gegenüber der Gesamtwirtschaft bewußt und bereit waren, mit der Regierung, besonders in kritischen Situationen, zusammenzuarbeiten.

Die Haltung in der *Weltwährungskrise* im Mai 1971 ist ein Musterbeispiel für eine fugenlose Zusammenarbeit der für das Schicksal unserer Wirtschaft entscheidenden Instanzen: Regierung *und* Opposition, Nationalbank und wirtschaftliche Interessenverbände der Sozialpartner. Gott sei Dank wird gegenwärtig auch die *österreichische Integrationspolitik* als ein nationales Anliegen betrachtet, das kein Zankapfel der Parteien und Interessenverbände sein darf.

Erfreulicherweise konnte auch in der strittigen Frage der *Markt- und Preisregelungsgesetze*, die noch aus der Zeit unmittelbar nach dem Kriege stammen und daher in einigen Punkten reformbedürftig sein mögen, im letzten Augenblick ein Kompromiß gefunden werden.

Vielleicht sollten häufiger als bisher bestimmte Probleme von nationaler Bedeutung außer Streit gestellt und auf Grund sorgfältiger Analysen einvernehmlich gelöst werden. Auf diesem Wege würde Österreich in den siebziger Jahren seine Wachstumsziele am sichersten erreichen und nicht wieder ins Hintertreffen geraten.

Prognose

der Zuwachsraten des realen Sozialproduktes Österreichs

	Ø 1971	Ø 1972
	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Nachfrage		
Privater Konsum	6 ³ / ₄	5 ¹ / ₂
Öffentlicher Konsum	3 ¹ / ₂	3
Brutto-Investitionen	12	5 ¹ / ₂
<i>davon Ausrüstung</i>	13	2 ¹ / ₂
<i>Bau</i>	11	8
Lagerveränderung (Mrd. S)	(6 0)	(3 9)
Inlandsnachfrage ..	6	4 ¹ / ₂
Warenexporte	3 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂
Dienstleistungsexporte	13	5 ¹ / ₂
Warenimporte	9	4
Dienstleistungsimporte	6 ¹ / ₂	6 ¹ / ₂
Produktion		
Industrie	7	3
Gewerbe	4 ¹ / ₂	4
Baugewerbe	11	8
Elektrizitäts-, Gas-, Wasserwirtschaft ..	-4	10
Verkehr	5	3
Handel	5 ¹ / ₂	4
Öffentlicher Dienst	3 ¹ / ₂	3
Sonstige Dienstleistungen	5 ¹ / ₂	4
Brutto-Nationalprodukt ohne Land- und Forstwirtschaft	6	4
Land- und Forstwirtschaft	-2	4
Brutto-Nationalprodukt	5¹/₂	4

Q: Schätzungen des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, Dezember 1971.

Internationale Prognosen

der Zuwachsraten des realen Sozialproduktes und der Verbraucherpreise

\varnothing 1971 \varnothing 1972
 Veränderung gegen das Vorjahr in %

Reales Sozialprodukt

USA	3	5 ^{1/2}
Japan	5	5
Bundesrepublik Deutschland	3 ^{1/2}	1
Frankreich	5 ^{1/2}	4 ^{1/2}
Großbritannien	1 ^{1/2}	3 ^{1/2}
Italien	1 ^{1/2}	2
Belgien	3 ^{3/4}	4
Niederlande	5	3
Schweden	1 ^{1/2}	2
Schweiz	4 ^{1/2}	4
Österreich	5 ^{1/2}	4

Verbraucherpreise

USA	4 ^{1/2}	3 ^{1/2}
Bundesrepublik Deutschland	5	4 ^{1/2}
Frankreich	5 ^{1/2}	5
Großbritannien	9	7
Italien	5	5
Belgien	4 ^{1/2}	4 ^{1/2}
Niederlande	7 ^{1/2}	7
Schweiz	6 ^{1/2}	5
Österreich	4,7	4,7

Q: OECD, nationale und eigene Schätzungen.

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. Verantwortlich: Prof. Dr. Franz Nemschak. Alle: Wien 3, Arsenal; Postanschrift 1103, Postfach 91; Tel. 65 66 61 (Serie).

Druck: Carl Ueberreuter (M. Salzer), 1095 Wien 9, Alser Straße 24.